
4318/J XXIV. GP

Eingelangt am 28.01.2010

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag^a Christine Muttonen
und GenossInnen
an die Bundesministerin für Inneres
betreffend Kärntner Interventionen bezüglich Verleihung österreichischer
Staatsbürgerschaften

Medienberichten zufolge besteht zumindest der Verdacht, dass sich potentielle ausländische Investoren österreichische Reisepässe "kaufen" könnten. So soll FPK-Chef Uwe Scheuch einem russischen Investor eine Staatsbürgerschaft als Gegenleistung für eine Investition in Kärnten geboten haben.

Auch wenn die Verleihung von Staatsbürgerschaften wegen "außerordentlicher Leistungen im besonderen Interesse der Republik" in den letzten Jahren relativ konstant geblieben sein dürfte (die APA berichtet über 33-41 Verleihungen für die Jahre 2005-2009), wäre die Zahl der Interventionen aus dem Kärntner Raum zu hinterfragen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. In wie vielen Fällen hat das Land Kärnten in den vergangenen 10 Jahren für vermeintliche oder potenzielle Investoren eine Staatsbürgerschaftsverleihung beantragt?
2. Gab es in diesen Fällen zusätzliche Interventionen Kärntner PolitikerInnen, von Mitgliedern der Bundesregierung oder des Nationalrates und wenn ja, wer hat interveniert und für welche Personen?
3. Wie viele dieser Anträge wurden positiv erledigt und welche "außerordentliche Leistungen im Interesse der Republik" waren in den konkreten Fällen für die Verleihung der Staatsbürgerschaft ausschlaggebend?
4. In wie vielen Fällen erstreckte sich die Verleihung der Staatsbürgerschaft auch auf Angehörige?

5. Können Sie ausschließen, dass in diesen Fällen zusätzliche Finanzmittel wie zB in Form von Parteispenden geflossen sind?
6. Bei wie vielen dieser Anträge auf Verleihung der Staatsbürgerschaft wegen „außerordentlicher Leistungen im Interesse der Republik“ aus Kärnten wurden wirtschaftliche Betätigungen in Österreich als Begründung herangezogen und um welche Maßnahmen handelte es sich dabei konkret?
7. Können Sie ausschließen, dass bei Investitionen dieser Personen „Schwarzgeld“ nach Österreich geflossen ist und welche Maßnahmen wurden seitens der zuständigen Behörden gesetzt, um dies auszuschließen?
8. Wie viele Anträge auf Verleihung der Staatsbürgerschaft wegen „außerordentlicher Leistungen im Interesse der Republik“ aus Kärnten wurden in der Zeit 2000 bis 2009 abgelehnt und mit welchen Begründungen?